

**Interview mit Zeitschrift „Fritz“, 18.11.2022**

**Fragen von Tobias Wand an Frau Natalie Pawlik, Bundestagsabgeordnete der SPD-Fraktion und Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.**



*MdB Natalie Pawlik; Bildquelle Henning Schacht*

**1. Sehr geehrte Frau Pawlik, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für den „Fritz“ genommen haben. Sie sind selbst als Wolgadeutsche in Russland geboren und im Kindheitsalter als russlanddeutsche Spätaussiedlerin mit Ihrer Familie nach Deutschland gekommen. Hatten Sie als Kind in Russland bereits das Bewusstsein entwickelt, einer nationalen Minderheit anzugehören? Und wie haben diese Erfahrung sowie die Aussiedlung nach Deutschland Sie geprägt?**

Ich habe das Glück, meine beiden Uromas und meinen Großvater noch kennengelernt zu haben. Deren Leben war stark von den Kriegsfolgen, der Verfolgung und der Deportation geprägt. Das Schicksal und die Geschichte der Russlanddeutschen war in meiner Familie dadurch immer ein präsent Thema, über das wir oft gesprochen haben. Außerdem haben meine Uromas, ein Teil meiner Großeltern und auch meine Mutter häufig miteinander deutsch gesprochen, sodass mir immer bewusst war, dass wir ein Stückchen anders waren. Da es in unserem Dorf aber auch viele andere russlanddeutsche Familien gegeben hat, war diese Identität aber ein Stückweit normal für mich.

In der Grundschule, also nach der Aussiedlung, wurde mir besonders bewusst, dass meine Familie und ich einer besonderen Gruppe angehören. Ich musste eine neue Sprache lernen und, im Gegensatz zu meinen Mitschülerinnen und Mitschülern, lebten wir nicht in einem Ein- oder Mehrfamilienhaus, sondern in einem Aussiedlerwohnheim. Der Unterschied zu den anderen Kindern wurde ab meiner Einschulung immer deutlicher. So besuchte ich zum Beispiel direkt zu Beginn meiner schulischen Laufbahn eine Integrationsklasse in der Kinder unterschiedlichster Herkunft zusammen unterrichtet

wurden und zunächst die deutsche Sprache lernten. Im Laufe meines Lebens hatte ich immer wieder Phasen, in denen ich stärkeren Kontakt zu russischsprachigen Menschen hatte, und dadurch natürlich auch in Identitätskonflikte gekommen bin.

**2. Haben Sie wegen Ihres familiären Hintergrundes bewusst in Partei und Bundespolitik darauf hingearbeitet, einmal Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zu werden? Oder sind Sie eher durch Zufall zu diesem Thema gekommen?**

Meine Biographie prägt sicherlich auch meine politische Arbeit aber ich habe nicht immer das Ziel verfolgt Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zu werden. Seit meinem fünfzehnten Lebensjahr engagiere ich mich in den unterschiedlichsten Zusammenhängen politisch. In der Schülervvertretung, an der Universität, in vielen Vereinen und in der Kommunalpolitik. Ich habe schon früh gemerkt, dass wenn man etwas verändern will, man selbst aktiv werden muss.

Der „Fall Lisa“ im Jahr 2016 war einer der Auslöser für mich, dass ich mich sehr offensiv und aktiv mit Aussiedlerpolitik beschäftigt habe. Denn der Umgang und die Berichterstattung der Medien über Russlanddeutsche, besonders zu dieser Zeit, haben mich sehr geärgert. Eine ganze Gruppe wurde oft pauschal in ein negatives Licht gerückt, ohne die Heterogenität, die Vielfalt der russlanddeutschen Community zu berücksichtigen. Stattdessen wurde der große Teil, der sich engagiert und eine wichtige Stütze für unsere solidarische Gesellschaft ist, ausgeblendet, und „die Russlanddeutschen“ fast ausschließlich im negativen Kontext dargestellt. Das wollte ich damals nicht zulassen. Ich beschäftige mich neben Aussiedlerpolitik aber auch mit weiteren Themen. Besonders am Herzen liegen mir die Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Ich möchte, dass jeder Mensch eine faire Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und soziale Teilhabe erhält. Dass alle Kinder, unabhängig ihrer Herkunft, die bestmöglichen Bildungschancen haben. Ebenso ist es mir wichtig, dass Menschen in ihrem Arbeitsleben die Möglichkeit haben, sich ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechend weiterzubilden, um mit einem langen Arbeitsleben und starken Tariflöhnen auch im Alter gut und sicher leben können. Diese Themen versuche ich auch als Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales voranzubringen.

Meine Identität als Spätaussiedlerin ist eine Facette meines politischen Lebens – sie ist wichtig, da sie mein Leben und meine Erfahrungen prägt, aber sie ist nicht mein einziges

politisches Thema. Ich freue mich sehr, meine Erfahrungen als Beauftragte auf Bundesebene für die Interessen der (Spät-)Aussiedlerinnen und –aussiedler sowie der deutschen und nationalen Minderheiten einbringen zu können. Meine Schwerpunkte liegen hier einerseits im Kampf gegen Desinformation und in der Stärkung der Demokratie, andererseits in der Erhöhung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe und der Sichtbarkeit der von mir vertretenen Gruppen sowie in der Stärkung der Jugendarbeit – denn nur gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen können wir positiv und hoffnungsvoll in die Zukunft blicken und sie gemeinsam gestalten.

**3. Gemeinsam mit der Stiftung Verbundenheit haben Sie an einem Förderpaket gearbeitet, das 5,25 Millionen Euro u.a. in die Sprachförderung der deutschen Minderheit in Polen investieren wird. Wurde dies vor dem Hintergrund geplant, dass die polnische Regierung den muttersprachlichen Deutschunterricht kürzlich eingeschränkt hat? Oder liegt die Initialzündung dieses Projekts noch tiefer in der Vergangenheit zurück?**

In Zeiten, in denen Konflikte zunehmen und Mauern aufgebaut werden, und in denen vereinzelt deutsche Minderheiten aus nationalistischen und anderen Gründen diskriminiert oder in zwischenstaatlichen Beziehungen instrumentalisiert werden - wie etwa in Polen - trägt die Förderung der Bundesregierung zu einem Abbau von Vorurteilen bei. Gleichzeitig unterstützt die Förderung die deutsche Minderheit dabei, ihre wichtige Brückenfunktion zur polnischen Mehrheitsgesellschaft, ebenso wie nach Deutschland, zu stärken. Die Angehörigen der deutschen Minderheiten sind ein nicht zu unterschätzender Faktor in den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Sie stehen für ein friedliches Miteinander und echte Dialogbereitschaft. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass jeder Euro gut angelegt ist. Sehr gerne habe ich mich daher für die deutsche Minderheit in Polen eingesetzt und freue mich außerordentlich, dass für das nächste Jahr fünf Millionen Euro für außerschulische Sprachförderung zur Verfügung stehen und Kinder weiterhin die Möglichkeit haben muttersprachlichen Deutschunterricht zu erhalten.

**4. Ebenfalls von diesem Fördertopf wird ein deutsches Kulturhaus in der ukrainischen Stadt Mukatschewo unterstützt. Anders als die Heimatverbliebenen in Polen oder z.B. die Siebenbürger Sachsen ist die dortige deutsche Minderheit eher**

**selten medial präsent. Was genau möchten Sie dort unterstützen bzw. welche Projekte gibt es bereits?**

Transkarpatien ist einer der Siedlungsschwerpunkte der deutschen Minderheit in der Ukraine. In Mukachevo gibt es eine sehr leistungsfähige Organisation, die beispielsweise in der Sprach- oder Jugendarbeit zu Gunsten der ethnisch Deutschen schon sehr lange erfolgreich arbeitet. Innerhalb der Ukraine ist diese vorbildliche Arbeit übrigens sehr sichtbar. Die Leiterin der deutschen Jugend vor Ort, Julia Taips, ist mittlerweile auch stellvertretende Bürgermeisterin von Mukachevo und das spricht dafür, dass ihre Arbeit ein hohes Ansehen vor Ort genießt. Diese Arbeit gilt es, auch angesichts der aktuellen Herausforderungen durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg, nicht nur fortzusetzen, sondern zukunftsfest zu verstetigen. Auch deswegen soll den Angehörigen der deutschen Minderheit durch den Kauf eines Hauses eine „feste Heimat“ gegeben werden.

**5. Im vergangenen Fritz hatten wir bereits ein Interview mit ihrem Bundestagskollegen Herrn Christoph de Vries, der in der Unionsfraktion der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten vorsteht. Gibt es bei solchen Projekten, die Themen jenseits der Alltagspolitik betreffen, auch überparteiliche Zusammenarbeit?**

Minderheitenpolitik ist immer auch Friedenspolitik. Aus meiner Sicht sollte die Förderung von nationalen wie deutschen Minderheiten, aber auch der Vertriebenen und Spätaussiedler parteiübergreifend einen hohen Stellenwert genießen. Deswegen begrüße ich es ausdrücklich, dass sich im Deutschen Bundestag ein fraktionsübergreifender „Parlamentskreis Minderheiten“ konstituiert hat, mit dem ich einen konstruktiven Austausch pflege. Genauso habe ich aber auch bereits das Gespräch mit der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion gesucht und dabei beispielsweise um Unterstützung für die Anliegen der deutschen Minderheiten, wie etwa in Polen, geworben. Auch habe ich ein Treffen der AGDM, der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FUEN, mit der Spitze der SPD-Bundestagsfraktion organisiert. All das ist wichtig, um den Anliegen eine größere Sichtbarkeit in der Politik zu verschaffen.

**Vielen Dank für das Gespräch!**